



**Berlin, 18. Dezember 2020
Nr. 39/2020**

An die Medien
in Berlin, Brandenburg
und Sachsen

Erste Tarifverhandlung für die Metall- und Elektroindustrie in Sachsen: IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen fordert neben der Angleichung Ost ein Zukunftspaket, das Beschäftigung und Einkommen sichert

Die erste Tarifverhandlung für die Metall- und Elektroindustrie in Sachsen hat am 18. Dezember digital stattgefunden. Damit starten die Verhandlungen für rund 180.000 Beschäftigte in Sachsen. Der Termin für eine zweite Verhandlungsrunde wird zeitnah vereinbart.

Die IG Metall hat den Arbeitgebern in Sachsen ihre Forderungen in der Tarifrunde 2021 in einer rund zwei Stunden dauernden digitalen Verhandlung erläutert.

Einig waren sich IG Metall und Arbeitgeber in der Beschreibung der vor uns liegenden Herausforderungen und deren Dringlichkeit.

„Es geht in Sachsen in dieser Tarifrunde darum, gemeinsam die Zukunft zu gestalten. Dazu gehört, das Knowhow der gut ausgebildeten Belegschaften durch die herausfordernde Zeit des Strukturwandels zu erhalten und durch strategisch richtige Ausrichtung, Arbeitsplätze für die Zukunft zu sichern“, so Birgit Dietze, IG Metall Bezirksleiterin Berlin-Brandenburg-Sachsen.

„Wir wollen daher auch einen tariflichen Rahmen für entsprechende betriebliche Zukunftstarifverträge verhandeln. Daneben fordern wir ein Volumen von vier Prozent, das gleichermaßen für Beschäftigungssicherung und zur Stärkung der Einkommen Verwendung finden soll. Zur Fachkräftesicherung gehört auch eine Verbesserung der Bedingungen der Übernahme Auszubildender. Die Frage der Angleichung Ost hat in unserem Bezirk 30 Jahre nach der Wiedervereinigung weiterhin und zudem höchste Priorität. Es geht hier auch um einen Beitrag zur Fachkräftesicherung und gleichermaßen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wichtig ist, in den aufgerufenen Punkten in Sachsen einen Schritt weiterzukommen.“

Die Arbeitgeber haben stark auf den gemeinsamen bundesweiten Geleitzug verwiesen.

Soweit das Volumen von vier Prozent für mehr Geld für zwölf Monate und auch zur Sicherung von Beschäftigung eingesetzt werden soll, hat die IG Metall als Instrument zur Beschäftigungssicherung eine Arbeitszeitverkürzung mit Teilentgeltausgleich um drei Wochenstunden mit einem teilweisen Lohnausgleich aufgerufen.



Mehr als 250.000 Beschäftigte haben sich bundesweit an einer Online-Befragung der IG Metall beteiligt. Die Frage der Angleichung Ost wurde von 93,6 Prozent der Befragten in Sachsen als wichtig bis sehr wichtig bewertet. Zukunftstarifverträge mit Zusagen für Beschäftigung, Standorte, Qualifizierung und Investitionen halten 93,7 Prozent der Befragten im direkten Bereich für eine wichtige und sehr wichtige Maßnahme, um die Transformation zu gestalten.

Die Idee einer Arbeitszeitabsenkung um drei Stunden mit Teilentgeltausgleich sehen zwei von drei Befragten als Mittel, um Beschäftigung auch im langfristigen Strukturwandel zu sichern. Für zwei von drei Befragten sind Entgeltsteigerungen wichtig oder sehr wichtig. Gerade in der Krise gilt es, die Binnennachfrage zu stärken und zu verhindern, dass der private Konsum weiter einbricht.

Die IG Metall betonte in der Tarifverhandlung die hohe Bedeutung der gut ausgebildeten Facharbeiterbelegschaften. Die IG Metall begrüßt daher die jüngst erfolgte Ankündigung zur Gründung eines Zentrums für Fachkräftesicherung und Guter Arbeit (ZEFAS) in Chemnitz. „Wir müssen stetig in die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten investieren. Mit dem ZEFAS wird eine gute Grundlage für die Schaffung von Guter Arbeit und strategisch vorausschauende Personalentwicklung in den Unternehmen geschaffen“, sagte Birgit Dietze.

Eine zentrale Forderung aus dem 4-Punkte-Plan der IG Metall zur Sicherung des Industriestandortes Sachsen wurde hiermit aufgegriffen und wird nun durch das sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) zügig umgesetzt. Der sächsische Arbeitsmarkt wird bis zum Jahr 2030 voraussichtlich mehr als 300.000 Menschen im erwerbsfähigen Alter verlieren. Das Sächsische Zentrum für Fachkräftesicherung und Gute Arbeit hat aus Sicht der IG Metall das Potential, zentrales Koordinierungsgremium zur Bewältigung der Krise und zur Gestaltung nachhaltiger Transformation der sächsischen Kernbranchen zu werden.

Für Rückfragen: Andrea Weingart, 0151 29 23 11 82